

Parallelbericht zum 4. Staatenbericht der Republik Österreich
über die Umsetzung des Internationalen Paktes über
wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

Soziale Menschenrechte in Österreich

Menschenrechtsverletzungen in der Landwirtschaft,

- das Recht auf Selbstbestimmung
 - auf Nahrung
 - auf Gesundheit
- auf Freiheit von Wissenschaft und Forschung

bei Imkern und VerbraucherInnen

Die in diesem Bereich vorgelegte Information konzentriert sich auf die Folgen einer sehr bedenklichen globalen Entwicklung, die ohne Rücksicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse und mittlerweile weltweite Praxiserfahrungen in vielen Ländern die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte von LandwirtInnen und KonsumentInnen bereits bis hin zum Tod massivst verletzt: Die Einführung der Gentechnik in Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft.

Viele Länder haben in den letzten Jahren bereits Berichte über die Folgen und Menschenrechtsverletzungen durch die Nutzung von Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmitteln vor dem Ausschuss eingereicht, der Ausschuss hat diese Verletzungen auch schon mehrfach anerkannt und gerügt. (Österreich 2005, Kanada, Indien, Brasilien, Kolumbien, Deutschland, Argentinien).

Auch in Europa ist der Damm schon lang gebrochen - immer mehr gentechnisch veränderte Lebensmittel und Pflanzen werden erlaubt, angebaut und importiert. Wir erkennen an, dass in Österreich schon viel versucht wird, um soweit wie möglich genfrei zu bleiben. Trotzdem ist aber auch in vielen Punkten noch viel zu tun für die österreichische Regierung. Darüber hinaus bitten wir das Komitee sehr erstmals auch die Forderungen und Bedenken der österreichischen Regierung zur gerade auf EU-Ebene geplanten Änderung der Saatgutrichtlinie in Richtung EU zu stärken und zu unterstützen, denn diese wird eine weitere drastische Bedrohung für Landwirtschaft, Umwelt und Konsumenten – eine Bedrohung der Vielfalt, eine ganz massive neue Abhängigkeit von Konzernen etc.

In Österreich

- werden die Tiere mit Gen-Futter in großen Mengen gefüttert – Forschungsergebnisse zeigen massive bis hin zu lebensbedrohlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen dadurch auf – der Import aus Südamerika führt aber auch zu drastischen

Menschenrechtsverletzungen in den Anbauländern (Argentinien, Brasilien, Paraguay – Landvertreibungen, drastische Armutssteigerung, Gesundheitsschäden, ..)

- gibt es eine große Lücke in der Kennzeichnungspflicht: Tierische Produkte, bei deren Herstellung Gentech-Futtermittel eingesetzt wurden, müssen nicht gekennzeichnet sein
- und in Lebensmitteln werden immer mehr gentechnisch veränderte Zusatzstoffe erlaubt.
- Langzeittests – also länger als 90 Tage - über die Auswirkungen von Gen-Futtermitteln etc., deren Importe verstärkt zugelassen werden, finden nicht statt. Die EU gibt uns also die Garantie, dass wir mit Genfood länger als 90 Tage leben werden. Das ist nicht gerade viel und macht uns zu ungefragten Versuchskaninchen für Genfraß.
- Das Land Österreich in seiner Kritik der gerade zur Entscheidung anstehenden EU-Saatgutrichtlinie zu bestärken und damit die Rechte der Bauern auf ihr eigenes nachbaubares Saatgut zu unterstützen. Eine Äußerung des Ausschusses in dieser Frage würde für eine europaweite Diskussion dazu sehr hilfreich sein und ein Zeichen setzen, damit sich die Länder hoffentlich zum Schutz ihrer Bauern und der Erhaltung der Saatgutvielfalt und damit auch der Menschenrechte auf Ernährungssicherheit und nachhaltige ressourcenschonende Nahrungsmittelproduktion mehrheitlich dagegen aussprechen, um die Auflagen des von fast allen beteiligten Ländern ratifizierten Internationalen Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte auch weiterhin zu erfüllen. Die EU-Saatgutrichtlinie widerspricht dem Pakt und verstärkt massiv ausschließlich die Abhängigkeit von einigen wenigen Konzernen – z. B. Monsanto – dieselben Global Player, die auch den Gen-Markt beherrschen.

Wir fordern daher die österreichische Regierung auf:

- Den Import von Gensoja zur Tierfütterung aus Südamerika umgehend zu verbieten und die daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen in den Erzeugerländern damit zu reduzieren
- Heimisches Futter und damit die Existenz der heimischen Bauern statt Importe von Gentechnik-Soja zu fördern. Es darf nicht sein, dass wir unsere gentechnikfreien Produkte für Bioenergie nutzen und das importierte Genveränderte für die Lebensmittelproduktion.
- Die Kennzeichnungspflicht für alle genmanipulierten Veränderungen in Lebensmitteln und auch für Tierfutter und tierische Produkte einzuführen
- Die Einführung einer Haftung der Gen- Konzerne für alle Folgen auf Boden und Gesundheit, und insbesondere für die unverhinderbare Ausbreitung von Genpflanzen über das ganze Land über den Blütenstaub und damit die unwiderrufliche Zerstörung aller damit verbundenen Existenzen der konventionellen und der Bio-Bauern sowie der Imker
- Das alte bewährte und regional angepasste kostenlose Saatgut der Bauern einschließlich dem Nachbau und deren Unabhängigkeit von Konzernen zu schützen – und damit die neue EU-Saatgutrichtlinie mit allen Möglichkeiten zu verhindern.
- Förderung der Vielfalt an Nutzpflanzensorten und Nutztierassen, statt Monokulturen
- Patente auf Pflanzen und Tiere zu verbieten, damit Landwirte, Konsumenten und die Ernährungssouveränität weiterhin konzernunabhängig bleiben.

Wir bitten das Komitee über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte seine Besorgnis sowohl gegenüber als auch mit der Regierung von Österreich auszudrücken und Empfehlungen an die Bundesregierung auszusprechen, wie sie mit dieser Situation umgehen soll. Das wäre gerade in Richtung EU-Saatgutrichtlinie eine große Hilfe für Österreich in seinen Interventionen auf EU-Ebene – und damit auch für die anderen Staaten – Zeichen zu setzen und das Schlimmste zu verhindern.

September 2013

Dipl. Ing. Volker Helldorff

Ärzte, Bauern und Juristen für gentechnikfreie Nahrung, Unterlinden 9, A-9111 Haimburg
M: 0043 (0) 676- 729 30 82 F: 0043(0)4232 / 7114 – 14 E: volker@helldorff.biz

Christiane Lüst

Aktion GEN-Klage, Berengariastr. 5, 82131 Gauting, Dtl.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Situation in Österreich – Gründe für die Menschenrechtsverletzungen
3. Verletzungen des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung (Art. 1)
4. Verletzungen des Rechts auf Recht auf Nahrung (Art. 11)
5. Verletzungen des Rechts auf Gesundheit (Art. 12)
6. Verletzungen des Rechts auf Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Art. 15)
7. Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte von LandwirtInnen und VerbraucherInnen

1. Einleitung

Die folgenden Veröffentlichungen geben einen ersten Überblick über die Situation:

„Es stimmt, dass die Milchwirtschaft komplett auf gentechnikfrei umgestellt hat. Das war aber in Österreich aufgrund der bergigen Landschaft mit viel Gras leicht möglich. Ich hielt im ganzen Land seit 2004 Vorträge. Die Geflügelbranche zieht langsam nach. Keineswegs sind aber schon alle umgestellt. Diese Konzerne kommen vorerst nur in einigen Märkten mit diesem Zusatzangebot. Wo es aber noch sehr weit fehlt, ist der Mastbereich. Vor allem in der Schweinemast verhindert man gentechnikfrei mit allen Kräften. ...Der Bauernbund in Österreich verhindert zusammen mit Raiffeisen, dass die futterintensiven Betriebe (Mast) auf gentechnikfrei umstellen. ...

Kürzlich hatte man in Österreich und Bayern erst einen Sojaskandal mit genveränderter Ware. Als heimischer gentechnikfreier Soja bezeichnet, war in Wirklichkeit genverändert. Aber da dies die Genossen importiert hatten, kam nichts an die Öffentlichkeit. Alle Lieferscheine in Bayern trugen das Prüfzeichen QS, aber niemand merkte diesen gravierenden Fehler (Billigerer Einkauf und Eigenkontrolle !?).“ *Josef Feilmeier, 23.06.13 Internationale Arbeitsgruppe Futtermittel NON-GVO, VLOG, Verband Lebensmittel ohne Gentechnik*

Wir haben es satt!

Die Agrarindustrie in Europa verursacht Dioxinskandale, Gentechnik im Essen und Tierleid in Megaställen. Sie verschärft Hungerkrisen, den Klimawandel und das Höfesterben. Zurück bleiben ausgeräumte Landstriche und Monokulturen. Das haben wir satt! Wir, das ist eine breite Plattform von Umwelt-, EZA- und bäuerlichen Organisationen, sowie sozialen Bewegungen.

Auch die österreichische Bundesregierung fördert mit unser aller Steuergelder eine agrarindustrielle Entwicklung, die nicht zukunftsfähig ist und bei der die Bäuerinnen und Bauern auf der Strecke bleiben. Das Höfesterben geht ungebrochen weiter, die

landwirtschaftlichen Betriebe werden in einen ruinösen Verdrängungswettbewerb geschickt. Die Agrarindustrie und Raiffeisen wurden bisher mit Millionen Euro an Subventionen bedacht, was die Marktkonzentration dramatisch beschleunigt hat – die Großen müssen noch größer werden, die Kleinen müssen aufgeben. Doch die Chance, diese Politik zu ändern, war noch nie besser. Jetzt werden die entscheidenden Weichen für die Agrarpolitik bis 2020 gestellt.

Eine neue Agrar- und Ernährungskultur heißt:



Ja zu einer zukunftsfähigen, bäuerlichen Landwirtschaft!



Ja zu einer klimaschützenden Landwirtschaft!



Ja zur Bio-Landwirtschaft als Leitbild für das österreichische Agrarmodell



Ja zu gentechnikfreien Futter- und Lebensmitteln!



Ja zum Menschenrecht auf Nahrung und zu Ernährungssouveränität!



Ja zu einer Ernährungskultur, die Menschen, Tieren und Umwelt ihre Würde bewahrt!

Unsere Forderungen

- Agrargelder an soziale, ökologische und Tierschutz-Kriterien binden
- Heimisches Futter statt importierte Gentechnik-Soja fördern
- Verzicht auf energieintensive Kunstdünger und humuserstörende Praktiken
- Pestizideinsatz reduzieren, Biodiversität schützen
- Ausbau der biologischen Landwirtschaft
- Natur schützen statt Boden versiegeln
- Respekt für Tiere statt industrialisierter Fleischproduktion
- Nachhaltige Lebensmittelproduktion statt Agrotreibstoffe
- Irreführende Werbung stoppen
- Faire Regeln statt liberalisierte Agrarmärkte, Spekulationen und Exportsubventionen
- Förderung der Vielfalt an Nutzpflanzensorten und Nutztierassen, statt Monokulturen
- Patente auf Pflanzen und Tiere verbieten
- Ausbeutung (migrantischer) ArbeiterInnen in der Landwirtschaft verhindern

12. Sept. 12, Greenpeace Austria, Attac, FIAN, GLOBAL 2000, die Grünen Bauern und Bäuerinnen, IG Milch, ÖBV/Via Campesina und der UBV (Österreichs unabhängiger Bauernverband)

Geplante EU-Saatgutrichtlinie verletzt massiv die Menschenrechte von Landwirten, Imkern und Verbrauchern:

Vermehrbares Saatgut droht vom Markt zu verschwinden

Gesetzentwurf der EU Kommission unter massiver öffentlicher Kritik

Bonn, 6. Mai 2013 - In Brüssel hat heute die EU Kommission mit der Reform von Tier- und Pflanzengesundheitsregelungen eines der wichtigsten Gesetzespakete des letzten Jahrzehnts dem Parlament vorgestellt. Damit sie nicht 2014 EU-Wahlkampfthema wird, soll die

industriefreundliche Reform kurz vor Ablauf der Legislaturperiode durchgewunken werden. Im Paket enthalten ist eine Reform des umstrittenen Saatgutrechts, das mit strengen Marktzulassungsregeln über Jahrzehnte zu einer bedenklich hohen Marktmacht der Agrarkonzerne beim Saatgut und zum Verlust der genetischen Vielfalt beigetragen hat. Zehn Unternehmen beherrschen Dreiviertel des Weltmarktes; der Gemüseanbau in Europa erfolgt bereits zu mehr als der Hälfte mit Sorten der Chemiekonzerne Monsanto und Syngenta. Nur noch ca. 7000 Züchterfirmen versorgen die sehr unterschiedliche Landwirtschaft in und außerhalb der EU mit Genetik für sämtliche Nahrungsmittel, Futtermittel, Waldbäume, Agrarkraftstoffe, und ihre Anzahl sinkt.

Die EU-Kommission preist das Saatgutrecht als Erfolg, den es zu steigern gälte. In der Tat, die Abhängigkeit von Agrarchemie-Konzernen dürfte weiter steigen, denn der Anteil Saatgut von Sorten, die Landwirte oder Gärtner selbst vermehren können, ist im Erwerbs- und Hobbyanbau nur noch verschwindend gering. Eine bürokratische Zulassungspflicht auch für seltene Vielfaltssorten behindert zusätzlich ihre Verbreitung, so dass sie Hobbygärtner schon jetzt kaum kaufen können. Dass die - für Verbraucher völlig nutzlose - Zulassung zudem auf historisch belegte Sorten und ihre oft unbekanntenen Ursprungsregionen beschränkt ist, halten die Sortenvielfalts-Experten für besonders kurzsichtig. "Künftige Generationen haben das Nachsehen", so Susanne Gura vom Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt.

Die nun wortreich angepriesenen Ausnahmen entpuppen sich im Detail als weitere bürokratische Hürden. Die Kommission hat in letzter Minute eine Nischenregelung eingeführt, der zu Folge die Zulassungspflicht bei kleinen Unternehmen entfällt. Sie müssen allerdings von jeder Art genaue Berichte über produzierte und verkaufte Mengen erstellen. Zudem müssen für jede Pflanzenart noch offene Einzelregelungen in Erfahrung gebracht werden, die sich die Kommission bei über zwei Dutzend Regelungen für die Zukunft vorbehält. Auch wenn die Nischenregelung eine Verbesserung gegenüber bisherigen Regelungen darstellt, gilt: Für seltene Sorten wirkt sich jeder Verwaltungsaufwand praktisch wie ein Verbot aus.

Geistige Eigentumsrechte werden weiter gestärkt: Geschützte Sorten sollen nun automatisch die Marktzulassung erhalten. Patentierten Pflanzen wird der Marktzugang als "heterogenes Reproduktionsmaterial" erheblich erleichtert. Bei speziell für den Ökolandbau gezüchteten Sorten wird weiterhin ihre größte Stärke, die genetische Breite, zum K.O.- Kriterium gemacht. Bio-Landwirte und ihre Kunden müssen weiterhin auf die Hybridsorten der Industrie zurückgreifen und müssen auf viele gute natürliche Eigenschaften der Pflanzen verzichten.

Hinzukommt sogar ein neuer industriefreundlicher Grundsatz: Landwirte und Gärtner dürfen gar kein Saatgut mehr verkaufen, wenn sie Nahrungsmittel anbauen. Allein diese Regelung dürfte den meisten kleinen Betrieben mit seltener Vielfalt die Existenzgrundlage rauben, und sie könnte allen Berufslandwirten das verbieten, was sie seit Menschengedenken tun: Saatgut aus der Ernte gewinnen und mit anderen austauschen.

Da liegt der Verdacht nahe, dass die Brüsseler Saatgutlobby, angeführt von Bayer, BASF,

Monsanto und Syngenta, unliebsame Konkurrenz gar nicht erst aufkommen lassen wollen. Der zuständige EU-Kommissar Borg bezeichnet den Entwurf dennoch als angemessenen Interessensausgleich. Massive Proteste aus ganz Europa haben ihn sowie Landwirtschaftsministerin Aigner in den letzten Tagen in die Verteidigung getrieben. **Die Menschen wollen nicht vom Saatgut der Konzerne abhängig sein.**

Dass dieser Tage in Gartencentern bunte Tomatenpflanzen verkauft werden, hat mit Vielfalt nur scheinbar zu tun. Es sind Hybridsorten, darunter auch solche von Monsanto, neuerdings versteckt hinter altbekannten Marken von Handelsfirmen. Auch die Kennzeichnung als Hybridsorte wird abgeschafft, geht es nach EU-Kommission und Bundesregierung. Nun fordern Gärtner, Landwirte, Verbraucher und Bürger von EU Parlament und Ministerrat grundsätzliche Änderungen des umstrittenen Saatgutrechts.

Link zur Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/saatgutvielfalt-in-gefahr-gegen-eine-eu-saatgutverordnung-zum-nutzen-der-saatgut-industrie>

Kontakt: Susanne Gura, T: 0228-9480670 oder 0177-6691400 Dachverband Kulturpflanzen- und Nutziervielfalt e.V., Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt e.V.

Österreichisches Parlament gibt Agrarminister kritische Position für den EU Ministerrat vor

Im österreichischen Parlament hat der Ausschuss für EU-Angelegenheiten eine Resolution verabschiedet, die den Agrarminister auf folgende Positionen im EU-Ministerrat zum Gesetzesentwurf der Kommission für ein neues Saat- und Pflanzgutrecht verpflichtet:

- Der EU-Entwurf muss kritisch auf seine Auswirkungen auf die klein- und mittelständischen Unternehmen, landwirtschaftlichen Betriebe sowie auf die KonsumentInnen zu prüfen. Für die klein- und mittelständischen Saatgut- und Pflanzzuchtunternehmen darf es zu keiner höheren Kostenbelastung und zu keinem höheren bürokratischen Aufwand kommen.
- Vergleichbare Ausnahmen zum bestehenden österreichischen Saatgutrecht müssen erhalten bleiben.
- Es soll keine verpflichtende Zulassung bei allen samenfesten Pflanzen, die nicht durch geistige Eigentumsrechte geschützt sind, geben.
- Der Konsumentenschutz darf nicht aufgeweicht werden
- Erhalt des Landwirteprivilegs: Das bedeutet, dass der Sortenschutz nicht den Anbau von Erntegut einer geschützten Sorte durch Kleinlandwirte umfasst, wenn das Vermehrungsmaterial aus eigenem Anbau des Landwirtes stammt.
- Der Anwendungsbereich der Verordnung muss sich auf die kommerzielle Nutzung und oberhalb bestimmter Mengen beschränken.

- Bei zugelassenen Sorten muss Transparenz über die verwendeten Züchtungsmethoden und die erteilten geistigen Eigentumsrechte sichergestellt werden.

Siehe: http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2013/PK0632/index.shtml

Das ist ein wichtiger Schritt für die landwirtschaftliche Vielfalt in Europa. Gratulation ans österreichische Parlament und an Arche Noah!

Im Herbst wird sich der EU Ministerrat mit dem Gesetzesentwurf zum Saat- und Pflanzgutrecht befassen.“ *Susanne Gura, VEN – Verein zur Erhaltung alter Nutzpflanzen e. V.*

2. Situation in Österreich / Gründe für die Menschenrechtsverletzungen:

Österreich hat rund 8,5 Millionen EinwohnerInnen, die in insgesamt 9 Bundesländern leben.

Landwirtschaft:

Wien - Die Zahl der österreichischen Bauern geht weiter zurück, übrig bleiben immer größere Betriebe. Gab es vor 15 Jahren noch 239.100 Bauernhöfe, waren es im Vorjahr nur noch 175.700. Gleichzeitig erhöhte sich die Betriebsgröße von 31,8 auf 41,4 Hektar, geht aus der Agrarstrukturerhebung der Statistik Austria hervor.

Seit dem EU-Beitritt vor zwölf Jahren haben in Österreich täglich neun Milchbauern ihr Melkzeug für immer an den Nagel gehängt. Damit hat sich die Zahl dieser Landwirte von damals 80.000 auf nur noch 38.000 mehr als halbiert.

GVO-Anbau und Zulassungen:

„In Österreich sind GVO noch nicht zu kommerziellen Zwecken angebaut worden, ebensowenig hat es keinen Testanbau für wissenschaftlichen Zwecken ausserhalb geschlossener Bereiche (z.B. Gewächshäuser) gegeben. Für GV-Pflanzen, die in der EU eine Anbauzulassung haben, bestehen in Österreich Anbauverbote.

Allerdings ist die Verwendung einer Reihe von importierten GV-Produkten, z.B. gentechnisch veränderten Sojabohnen, erlaubt. Derartige GVO bzw. aus ihnen hergestellte Erzeugnisse werden überwiegend als Futtermittel für Nutztiere verwendet. Aus GVO erzeugte Lebensmittel sind nur in äußerst geringem Umfang im Handel (Spezialprodukte wie z.B. einige wenige importierte Asia-Nahrungsmittel). Diese Produkte unterliegen den Kennzeichnungsregelungen und müssen für KonsumentInnen erkennbar gekennzeichnet sein.

Eine Übersicht über in Österreich zugelassene GVO findet sich im Österreichischen Gentechnikregister: **mehr**“ <http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/gentechnik/zulassungen/>

Tierfutter:

„Österreich importiert jährlich 500.000 Tonnen Gen-Soja

2010 wurden auf Druck von GLOBAL 2000 Gentech-Milch und -Eier erfolgreich aus Österreichs Supermärkten verbannt. Dennoch: 80 Prozent des importierten Sojas sind

gentechnisch verändert und landen in den Futtertrögen der österreichischen Schweine, Hühner und Rinder.

Gen-Soja verseucht Südamerika. Südamerika produziert 52 Prozent der weltweiten Sojabohnenernte. In Argentinien und Brasilien werden große Flächen Regenwald abgeholzt, um die Anbauflächen für Soja zu vergrößern. Der Anbau von Gen-Soja hat aber auch verheerende Folgen für die Bevölkerung dieser Länder. Der argentinische Wissenschaftler Andrés Carrasco wies in Studien nach, dass durch den Anbau von Gen-Soja in Argentinien die Raten von Missbildungen bei Neugeborenen, Fehlgeburten und Krebserkrankungen bei Kleinkindern dramatisch angestiegen sind. Schuld daran ist das Spritzmittel „Roundup“ des US-Genriesen Monsanto. Weil die Unkräuter resistent dagegen werden, muss das Spritzmittel in ständig steigenden Mengen eingesetzt werden.

Auch die österreichische Landwirtschaft ist an dieser südamerikanischen Tragödie beteiligt. Österreich importiert jährlich 500.000 Tonnen Gen-Soja, das in der Rinder-, Hühner- und Schweinefleisch-Produktion eingesetzt wird. Im letzten Jahr haben wir erreicht, dass bei der Herstellung von Milch nur mehr gentechfreie Futtermittel eingesetzt werden. Unser Ziel ist jedoch, dass überhaupt kein Gen-Soja mehr importiert wird. “ Astrid Breit, Di, 12/21/2010
<https://www.global2000.at/news/zuerst-das-ei-und-dann-die-henne>

Huber: "Österreicher wollen keine Gensoja-Importe" 02.03.2011

"Eine Petition für ein Importverbot gentechnisch veränderter Futtermittel des BZÖ Tirol ist im Ausschuss "schubladiert" worden. Damit wurde eine große Chance vertan", erklärte heute BZÖ-Agrarsprecher Gerhard Huber bei einer Pressekonferenz. Für den BZÖ-Agrarsprecher ist es völlig unverständlich, dass Petitionen und Anträge auf ein generelles Importverbot von Gensoja von Rot und Schwarz nur auf die lange Bank geschoben werden.“
<http://www.topagrar.at/sonstiges/Huber-Oesterreicher-wollen-keine-Gensoja-Importe-696927.html>

„Derzeit werden in Österreich durchschnittlich 700.000 Tonnen (!!) Gen-Soja pro Jahr verkauft.“ 5.7.2012 <http://www.meinbezirk.at/neunkirchen/wirtschaft/gen-soja-in-oesterreich-d216713.html>

Folgen auch für die Imker:

Programm zur Rettung der Biene

Ein Verbot der Neonicotinoide allein wird nicht reichen, um die Biene, eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Nutztiere in Österreich, auf Dauer erfolgreich zu schützen. Der Umweltdachverband und der Imkereidachverband «Biene Österreich» haben anlässlich der aktuellen Diskussionen ein 10 Punkte-Programm mit wesentlichen Eckpunkten zur Rettung und zur langfristigen Sicherung des Lebensraumes für die Bienen erarbeitet.

Lebensraum sichern - Vielfalt erhöhen

Wien, 14.05.13 (UWD) «Bienen gehören zu den wichtigsten landwirtschaftlichen Nutztieren in Österreich. Sie leisten einen essenziellen Beitrag zur biologischen Vielfalt und zur Wertschöpfung in der landwirtschaftlichen Produktion. Rund 25.000 ImkerInnen sichern mit ca. 376.500 Bienenvölkern die Bestäubung der Wild- und landwirtschaftlichen Nutzpflanzen. Die geschätzte jährliche Honigproduktion liegt in Österreich zwischen 5000 und 7000 Tonnen, der volkswirtschaftliche Wert der Bestäubung kann mit jährlich 500 Mio. Euro beziffert werden. Um die Bienen erfolgreich zu schützen ist ein Verbot der Neonicotinoide

allein zu wenig. Zur langfristigen Sicherung ihres Lebensraumes braucht es ein umfangreiches Maßnahmenpaket. Der Umweltdachverband hat gemeinsam mit dem Imkereidachverband «Biene Österreich» ein 10 Punkte-Programm mit wesentlichen Eckpunkten geschnürt», sagt Gerhard Heilingbrunner, ehrenamtlicher Präsident des Umweltdachverbandes. «Eines der zentralsten Probleme ist die stark monokulturelle und in manchen Regionen Österreichs intensiver werdende Landwirtschaft.“<http://www.biene-oesterreich.at/?id=2500%2C1132086%2C%2C>

Durch diese Entwicklung sind Menschenrechte wie das Recht auf Nahrung, auf Gesundheit, Freiheit von Forschung und Wissenschaft auch in Österreich immer mehr gefährdet und werden zum Teil bereits massiv verletzt – was schon jetzt bis hin zur Existenzvernichtung von Landwirten, Imkern oder kritischer Wissenschaftler geht.

Wir hoffen, dass der Ausschuss für wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte die u. a. im Internationalen Pakt verbrieften Rechte für die Bevölkerung durchzusetzen hilft.

Wir bitten den Ausschuss für wirtschaftliche, kulturelle Rechte darüber hinaus in seinen concluding observations die Bemühungen der österr. Regierung anzuerkennen und zur EU-Saatgutrichtlinie in ihren Bemühungen auf EU-Ebene mit einer Aussage zu unterstützen, damit die Landwirte vermehrungsfähiges Saatgut, das sie wieder verwenden können, weiterhin zur Verfügung haben mit dem Ziel, ihre Abhängigkeit vor multinationalen Konzernen zu beseitigen. Die EU-Saatgutrichtlinie verschlimmert die Situation der Bauern mit der daraus resultierenden Abhängigkeit vom Saatgut einiger weniger großer Konzerne sowie der nachfolgenden Preiseskalation bei Saatgut, Dünger und Pestiziden massiv auch in Europa, was zu einer weiteren steigenden Zunahme des Höfesterbens und damit Existenzvernichtung der Landwirte führen wird. Dadurch steigt ebenso auch die Abhängigkeit der Konsumenten von der Nahrungsmittelindustrie, dessen Markt sich ebenfalls dieselben Global Player teilen. Genauso betroffen sind die Imker, denn ein Rückgang der Landwirtschaft bedeutet auch einen Rückgang der Bienen und damit der Bestäubung und der ländlichen Lebensmittelproduktion z. B. durch Obstplantagen. Das Problem steigt mittlerweile auch in Österreich schon dramatisch.

3. Verletzungen des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung (Art. 1)

Absatz 1: „Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung:“

Verletzung des Rechts für das Volk Österreich:

- **Beispiel Verunreinigung von Saatgut**

Saatgut von GVO-Sorten darf bisher in Europa nicht vermarktet und auch nicht importiert werden. Es gibt aber bisher keine rechtsverbindlichen Regelungen bzgl. der Verunreinigungen von Saatgut mit GVO. Der weltweite Handel mit Saatgut und Ernteprodukten führt bereits zu Verunreinigungen des Saatgutes mit GVO auch in Europa und in Österreich.

Darüber hinaus plant die EU-Kommission bei Saatgut einen GVO-Anteil von 0,3 oder 0,5 % noch als „gentechnikfrei“ zu deklarieren. „Die Folgen einer solchen Regelung wären fatal. Schon nach einer Aussaat könnten auf allen Feldern der EU ohne Wissen der LandwirtInnen genmanipulierte Pflanzen wachsen. Die Forderung lautet daher denkbar einfach: Gentechnikfreies Saatgut muss – zumindest bis zur Nachweisgrenze (zurzeit 0,1 %) „– auch wirklich gentechnikfrei bleiben.“ („*Zwischen EU-Zwängen und Beamtenwerbung*“, Klaus Faissner in: „*Gefahr Gentechnik*“ S. 61). Österreich hat dies zwar in der österreichischen Saatgut-Gentechnik-Verordnung so geregelt, hat aber langfristig keine Möglichkeit diese Verordnung vor der EU durchzusetzen, als auch sich vor der Kontamination aus Nachbarländern zu schützen. Damit ist sein Selbstbestimmungsrecht gefährdet.

- **Beispiel illegale Importe:**

Mangels ausreichender Import-Kontrollen gelangen vermehrt gentechnisch veränderte aber nicht gekennzeichnete – und damit verbotene - Nahrungsmittel ins Land – was erst festgestellt wurde, als die Verbraucher die meisten dieser Importprodukte schon verzehrt hatten. Das Gentechnikgesetz sieht z. B. nur vor, dass die Organe befugt sind Kontrollen durchzuführen, „bei denen Grund zur Annahme besteht, dass ... Erzeugnisse . in Verkehr gebracht werden ...“ (§ 101 GTG), dies aber deshalb noch lange nicht wirklich tun müssen!

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist damit drastisch gefährdet. Dies zeigt bereits jetzt, dass sämtliche Bemühungen, Gentechnik in Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft durch Gesetze usw. zu kontrollieren, nicht ausreichen. Österreich muss dafür sorgen, dass die Kontrollen durch ausreichend Vollzugsbeamte und die nötigen Transparenznachweise beim Import verstärkt werden und auch bei der EU auf eine Verschärfung der Kontrollen hinwirken, um das Land langfristig GVO-frei halten zu können.

- **Aufbruch im Genfeld**

Felix Prinz zu Löwenstein vom Bund ökologische Landwirtschaft (BöLW) "Wer mit Gentechnik arbeitet, stellt eine wirtschaftliche Bedrohung für den gesamten Lebensmittelsektor dar", sagt er. "Beim Umfüllen, beim Transport oder im Werk besteht immer die Gefahr, dass sich saubere Ware mit gentechnisch veränderter vermischt." Zwar werden derzeit in Deutschland Gen-Pflanzen nur zu Forschungszwecken angebaut, ein kommerzieller Anbau findet nicht statt; importiert aber werden Gen-Produkte massenhaft. Vor allem Gen-Soja ist als Futtermittel für Tiere beliebt. (23.06.2010, *Südd. Ztg.* S. 19)

Griechenland macht es vor – es geht: Die griechische Regierung hat die Risiken und Folgen erkannt und gehandelt: In Griechenland dürfen jeglich gentechnische Produkte weder angebaut, noch importiert werden. Sogar ein Transportverbot besteht, d. h. durch Griechenland durch darf auch keine gentechnische Fracht befördert werden.

Absatz 2: „Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen – in keinem Fall darf ein Volk seiner Existenzmittel beraubt werden!“

Die Bauern haben über jahrtausendealte Traditionen und über viele Generationen praktizierte Anbaumethoden Sorten entwickelt, die den regionalen Bedingungen genau angepasst sind.

Studie: Grüne Gentechnik schadet Umwelt und Landwirten

1. Febr. 2013

Die grüne Gentechnik hat offenbar verheerende Folgen für Umwelt und Landwirtschaft. Zu diesem Ergebnis kommt der Münchner Gentechnik-Experte Christoph Then in einer Studie. Darin zeigt Then auf, dass sich mehrere Unkrautarten und Pilze an die neuen Gentech-Pflanzen angepasst hätten, sodass inzwischen teilweise mehr Spritzmittel zum Einsatz kämen als in der konventionellen Landwirtschaft. Auch müssten in den Pflanzen, die dank Gentechnik ein Insektengift produzierten, immer mehr Gifte kombiniert werden, weil sich Schädlinge angepasst hätten. Then hat in seiner Studie vor allem die Entwicklung in den USA untersucht, wo die grüne Gentechnik anders als in Europa stark verbreitet ist. Dort finde seit Jahren eine "Aufrüstung auf dem Acker" statt, die die Landwirtschaft "immer weiter in einer extreme Industrialisierung mit steigender Belastung für Mensch und Umwelt" treibe, heißt es in der Untersuchung weiter. Auch gerieten die Landwirte zunehmend in eine Abhängigkeit: Da Gentech-Saatgut patentiert sei, könnten sie häufig nicht einfach Teile ihrer Ernte zur Wiederaussaat nutzen, sondern müssten sich jedes Jahr erneut teures Saatgut kaufen. Der Grünen-Politiker und Europarlamentarier Martin Häusling forderte eine Abkehr von der grünen Gentechnik. "Wir müssen mit der Natur arbeiten, nicht gegen sie", sagte er der *Zeitung*. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/studie-zu-gengemuese-gruene-gentechnik-schadet-umwelt-und-landwirten-1.1588708>

„Groteskerweise trommeln gerade diejenigen Firmen für die Gentechnik als Lösung des Welthungers, die durch die aktive und aggressive Einführung der Industrie-Landwirtschaft in der Dritten Welt, von Hohertragsorten, Pestiziden und Kunstdünger zur Ertragssteigerung, wesentlich zu Hunger, zerstörten Böden, kaputten Ökosystemen und der Konzentration von Land und Macht in den Händen weniger beigetragen haben.“ („Gen-Pflanzen erfüllen Erwartungen nicht“, *Andreas Bauer, Umweltnachrichten 100 / 2004, S. 24*)

Die Entwicklungsländer haben festgestellt, „dass die Gentechnik die biologische Vielfalt .. zerstöre, das lokale Wissen und das nachhaltige landwirtschaftliche System gefährde, das die Bauern über Tausende von Jahren entwickelten. Damit untergrabe die Gentechnik die Möglichkeit der .. Bevölkerung, sich selbst zu ernähren. Auch entwicklungspolitische Organisationen wie Christian Aid oder Brot für die Welt betrachten die so genannte grüne Gentechnik eher als Fehlentwicklung, die Hunger und Armut weiter verschärft ...

In Argentinien werden beim Soja-Anbau fast einhundert Prozent gentechnisch veränderte Sorten eingesetzt. Das Land ist nach Brasilien und den Vereinigten Staaten der drittgrößte

Lieferant für Sojaprodukte weltweit. Gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahren von immer mehr hungernden Bevölkerungsgruppen berichtet.

Schon 2004 nahm der Sojabohnenanbau 48 % des gesamten Ackerlandes ein. Hunderttausende wurden von ihrem Land vertrieben, Armut und Mangelernährung nahmen rapide zu. Die Unterernährung – in Argentinien früher nicht bekannt – stieg mit Einführung der Gentechnik auf 17 %, der Anteil der Menschen unter der Armutsgrenze - 1970 bei 5 % - lag 2004 schon bei 51 %. Das Besprühen der Sojabohnenplantagen aus der Luft zerstörte die Ernten der Kleinbauern, ihre Hühner starben, andere Tiere erlitten Schäden und es gab Missbildungen bei Neugeborenen. Bei den Menschen führten die gesprühten Unkrautvernichtungsmittel zu schwerer Übelkeit, Durchfall, Erbrechen und Hautverletzungen. Gemüse war missgebildet, Seen plötzlich voll von toten Fischen (*Agrar Info 160 September / Oktober 2008 S. 3*)

Die Agro-Gentechnik beschleunigt das Aussterben von Kleinbauern weltweit. Entwaldung, Zunahme des Pestizideinsatzes, Zerstörung der Lebensgrundlage von indigenen Völkern und Kleinbauern, Landkonzentration, Sklavenarbeit, Landflucht und Zunahme der Armut auf dem Land sind - über die fatalen Konsequenzen einer höchst besorgniserregenden globalen Entwicklung - Auswirkungen, die eine andere Seite der Sojamonokultur deutlich machen.

„Das Ackerland der lokalen Kleinbauern wird in industrielle ...plantagen für den Export umgewandelt; diese Monokulturen gefährden die Ernährungssicherheit der dort lebenden Menschen. Die Plantagen verschmutzen kostbare Wasserressourcen, schädigen die Böden und laugen diese aus. Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung: Sie reichen vom Verlust der Lebensgrundlagen und der Vertreibung über Repression bis hin zu Folter und sogar Tod. Unter den Plantagen leidet die gesamte Bevölkerung, am stärksten betroffen sind jedoch die Frauen.

Trotz eindeutigen Beweisen über die gravierenden sozialen und ökologischen Auswirkungen dieser Monokulturen in Ländern wie Brasilien, Indonesien, Kambodscha, Kolumbien, Malaysia, Spanien, Südafrika und USA werden diese von einer breiten Koalition von Akteuren gefördert. Diese besteht aus der Welternährungsorganisation (FAO) und bilateralen Institutionen, dem "Forum für die Wälder" der Vereinten Nationen, aus nationalen Regierungen sowie Beratungsunternehmen, privaten Banken und Entwicklungsbanken.

Das eigentliche Motiv dieser Akteure ist einfach: Sie wollen sich das Land aneignen, um dort gewinnbringend auf Kosten der Bevölkerung, die meist verdrängt wird, große Mengen billiger Rohstoffe zu produzieren“ 21.Sept. 2009
http://www.proregenwald.de/news/2009/09/08/gegen_Baum-Monokulturen

Die argentinische NGO GRR und die Gründerin des internationalen Netzwerkes Aktion GENKlage, Christiane Lüst reichten bereits zusammen einen Parallelbericht beim UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ein gegen die argentinische Regierung - über die fatalen Konsequenzen einer höchst besorgniserregenden globalen Entwicklung - gegen den Anbau von GEN-Soja in Argentinien. Das verletzt schwer die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der argentinischen Bevölkerung. Bauern und Imker. Argentinien ist eines der Länder, das weltweit am meisten davon betroffen ist! (Nov. 2011).

Via Campesina Brazil und die Gründerin der internationalen Aktion GEN-Klage aus Gauting bei München, Christiane Lüst, haben beim UN-Menschenrechtsausschuss in Genf über Menschenrechtsverletzungen als Folge der Agrogentechnik in Brasilien im Mai 2009 berichtet. Der Anbau von Gen-Soja in Brasilien führt zu zerstörten Ernten, Landlosigkeit, Gesundheitsschäden und Zunahme von Armut und Unterernährung.

Christiane Lüst von der Aktion GEN-Klage hat 2010 gemeinsam mit der kolumbianischen NGO Grupo Semilla vor dem committee über die Folgen der Einführung der Agrogentechnik in Kolumbien berichtet. Das Komitee fordert abschließend die kolumbianische Regierung auf die Armut, vor allem Hunger und Unterernährung, effektiv zu bekämpfen und zu reduzieren. Der Ausschuss forderte darüberhinaus, dass die Regierung in ihrer Landwirtschaftspolitik die Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf – und nicht für den Export - absolut an oberste Stelle stellt und dazu grade die Kleinbauern fördert und in ihrer Unabhängigkeit unterstützt.

Indischer Langzeittest: „Monsanto´s Gen-Saaten killt nicht nur Farmer, sie killen auch den Boden“

Die alternative indische Nobelpreisträgerin Vandana Shiva hat als eine der ersten einen Langzeittest zur Wirkung von Gen-Saat auf den Boden über 3 Jahre durchgeführt und im Februar 2009 folgendes Ergebnis veröffentlicht: „Der Anbau von Gen-Saat mit Bt-Genen führt innerhalb von 10 Jahren zu einer totalen Zerstörung der Bodenorganismen und hinterlässt tote Erde, unfähig darauf noch Nahrung zu produzieren. Das zeigt, dass die Behauptungen der Gen-Industrie über die Sicherheit von Gen-Saaten falsch sind.“ (Press-release Navdanya v. 23. Febr. 09)

Konventionelles und biologisches Saatgut müssen auch in Zukunft gentechnikfrei bleiben und bleiben können. Saatgut bildet die Grundlage vieler Lebensmittel und ist für die Stabilität unseres Ernährungssystems unerlässlich. Jahrhunderte lang hat eine Vielzahl von regional angepassten Sorten die menschliche Ernährungsvielfalt und -sicherheit gewährleistet.

FAZIT: Um die Welternährung zu sichern, muss man die sozialen und ökologischen Bedingungen verbessern. Eine kurzfristige Steigerung der Erträge mit technischen Mitteln, die auf Kosten der Umwelt und der Menschen geht, ist der falsche Weg. Ein zerstörtes Ökosystem wird die nachfolgenden Generationen nicht ernähren können. ... Eine nachhaltige Sicherung der Ernährung braucht eine Landwirtschaft, die die natürlichen Grundlagen bewahrt: gesunde und fruchtbare Böden, sauberes Wasser sowie eine Vielzahl an Pflanzen und Tieren.“ (www.greenpeace.de/themen/gentechnik/ „Gentechnik – keine Hoffnung für die Hungernden“ vom 1.10.2004).

Um Erzeugungsmethoden zu verbessern, Nahrungsmittel besser zu verteilen und keine Menschenrechtsverletzungen und Armutssteigerungen vor allem in der dritten Welt zu verursachen sowie die Nutzung natürlicher Hilfsquellen langfristig zu gewährleisten fordern wir von der österreichischen Regierung, die Nutzung und den Import jeglicher Art von Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmitteln zu verbieten.

Absatz 3: „Die Vertragsstaaten .. haben ... die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.“

Lt. einer von Greenpeace in Auftrag gegebenen Rechtsstudie zur rechtlichen Umsetzung gentechnikfreier Zonen in Österreich gibt es doch eine Reihe von Kompetenzen der Länder, sogar ein generelles landesweites Verbot für den Anbau von GVO erscheint aus juristischer Sicht – in Bezug auf die EU-Freisetzungsrichtlinie und die Europapolitik – nicht unmöglich. Es gibt Handlungsspielraum, den die Politik vor Ort bei weitem nicht ausnutzt. Hier ist die österreichische Bundesregierung aufgefordert alle vorhandenen Rechte auszuschöpfen. Es ist jetzt „politischer Wille und Mut gefordert, um gentechnikfreie Zonen einzurichten. Die Voraussetzungen dafür sind in Österreich besonders gut Die Gentechnikfreie Zone Österreich könnte also europaweiter Vorreiter im Schutz von Mensch, Umwelt und Landwirtschaft vor den Risiken der Gentechnik sein.“ („*Rechtliche Umsetzung Gentechnik-freier Zonen in den Bundesländern Österreichs*“, Greenpeace August 2002)

4.) Verletzungen des Rechts auf Nahrung (Artikel 11)

Absatz 1: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht...an ... auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen ... unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten ...“

Auslegung des Rechts auf Nahrung - Leitlinien

In der Erklärung von Rom zur Welternährungssicherheit 1996 "bekräftig[t]en die Staats- und Regierungschefs das Recht jedes Menschen auf Zugang zu gesundheitlich unbedenklichen und nährstoffreichen Nahrungsmitteln in Einklang mit dem Recht auf angemessene Ernährung:

Die FAO-Leitlinien zitieren die Erklärung von Rom zur Welternährungssicherheit von 1996:

- das Recht jedes **Menschen auf Zugang zu gesundheitlich unbedenklichen ... Nahrungsmitteln**“ bekräftigen! (*Vorwort Teil I Punkt 2*).
- „Ernährungssicherheit besteht, **wenn alle Menschen zu jeder Zeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu angemessener, gesundheitlich unbedenklicher .. Nahrung haben.**“ Punkt 15
- die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln „**zu angemessener Ernährung ohne gesundheitsbedenkliche Stoffe**“ zu garantieren
- „dies Recht durch Schritte zu schützen, mit denen Unternehmen und Einzelne davon abgehalten werden, dem Einzelnen den Zugang ... zu verwehren. „(Punkt 17).

- Die Staaten sollten ... das Risiko von lebensmittelbedingten Krankheiten reduzieren und Mechanismen der Risikoanalyse und Überwachung nutzen, um die Lebensmittelsicherheit in der gesamten nahrungskette, einschließlich des Tierfutters, sicherzustellen.

- Die Staaten sollten Schritte unternehmen, um die Kontaminierung durch industrielle oder andere Schadstoffe bei der Erzeugung, Verarbeitung, Lagerung, dem Transport, der Verteilung, Handhabung und dem Verkauf von Nahrungsmitteln zu verhindern.
- Die Staaten sollten sicherstellen, dass die Betreiber von Lebensmittelunternehmen über sichere Verfahren unterrichtet werden, damit ihre Aktivitäten weder zu gefährlichen Rückständen in Nahrungsmitteln führen noch umweltschädlich sind.

Im Generell Comment No. 12 heißt es unter Punkt 10, dass die Staaten sicherstellen müssen, dass **Veränderungen in der Verfügbarkeit und beim Zugang von Nahrungsmitteln sich zumindest nicht nachteilig auf die Zusammensetzung der Nahrung auswirken.**

Dieses Recht ist auch in Österreich nicht mehr gewährleistet.

„Gen-Mais in der Nahrungskette

Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass das Erbgut von Gen-Mais im Boden länger stabil bleibt als bisher vermutet und sich innerhalb der Nahrungskette anreichert.“ (*Schrot und Korn 02 / 2010 S. 8*)

Die Lebensbedingungen – in erster Linie für die LandwirtInnen, dann für die VerbraucherInnen - werden nach Erfahrungen in anderen Ländern durch die Einführung der Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion deutlich schlechter – was in Indien und Argentinien von Hunger bis hin zur Existenzvernichtung und zum kollektiven Selbstmord führte, weil die Bauern / Bäuerinnen u. a. in Abhängigkeit und einer Schuldenspirale enden, die sie nicht mehr loswerden, und ihre Erträge sich um ein Vielfaches reduzieren. „Die größeren Kosten von GM-Pflanzen, der angewachsene Verbrauch von Pestiziden / Herbiziden, Rückgang der Ernte, Gebühren für Saatgut und geschwundene Märkte, das alles addiert sich zu einem Einkommensverlust für die Landwirte zusammen. Die erste ökonomische Analyse des Niveaus von Bauernhöfen bezüglich Bt-Mais in den Vereinigten Staaten enthüllte, dass zwischen 1996 und 2001 der Netto-Verlust von Landwirten bei 92 Millionen US\$ oder 1,31 US\$ pro Hektar lag“ ... LandwirtInnen berichten „ von geringeren Erträgen, anhaltender Abhängigkeit von Herbiziden und Pestiziden, Verlust des Zugangs zu Märkten, und, kritischerweise, einer reduzierten Profitabilität, welche die Lebensmittelproduktion noch anfälliger für die Interessen der Biotechnologie-Firmen und dem Bedarf an Unterstützungen werden lässt.“ (*„Plädoyer für eine gentechnikfreie Welt“, ISP, 15.06.2003, S. 6*) Dieser Report wurde von einem Gremium aus internationalen ExpertInnen erstellt und hat die wesentlichen Gefahren der GVO zusammengefasst als „ein starkes Argument für ein weltweites Verbot der Freisetzung von GM-Pflanzen in die Umwelt, um den Weg für einen umfassenden Wechsel freizumachen, zu Agroökologie, zukunftsfähiger Landwirtschaft und organischen Anbau“. Es wird darin nachgewiesen, dass GM-Pflanzen keine gangbare Option für eine zukunftsfähige Landwirtschaft sind, und bringt Nachweise über die Erfolge und Vorteile der Praktiken zukunftsfähiger Landwirtschaft, die auf die Vielfalt der lokalen natürlichen Ressourcen setzt „ und auf die lokale Autonomie der Landwirte, sich zu entscheiden, was sie anbauen wollen und wie sie ihre Pflanzen und Lebensumstände verbessern können.“ (*ISP „Plädoyer für eine gentechnikfreie Welt“, 15.06.2003, S. 17*)

„Bericht zeigt wahre Kosten der Gentechnik

Ein Bericht [1] von Friends of the Earth Europe (FoE) zeigt die versteckten Kosten des Anbaus gentechnisch veränderter Organismen. So müssen Hersteller für die Reinhaltung von konventionellen und Bio-Produkten enorme Ausgaben auf sich nehmen. **Die Folgen seien steigende Lebensmittelpreise.** Laut EU-Angaben können die Kosten für die Herstellung gentechnikfreier Futter- und Lebensmittel **um 13%** ansteigen. Die wahren Ausgaben für Warentrennung, Überwachung und Probenahmen sind laut FoE jedoch weitaus höher und übersteigen die vorausgesagten Gewinne der Gentechnik bei weitem. Anlässlich der Diskussion um die Möglichkeit nationaler Anbauverbote in der EU fordert FoE, auch die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen des GVO-Anbaus bei der Zulassung von Gentechnik-Pflanzen zu berücksichtigen. Biotech-Firmen müssten für Schäden aufkommen, die durch Verunreinigungen mit gentechnisch veränderten Pflanzen entstehen.“

Um eine Verbesserung der Lebensumstände garantieren zu können ist die österreichische Regierung aufgefordert sicherzustellen, dass seine Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion gentechnikfrei wird und bleibt.

Wie das Beispiel Schweiz, Griechenland und anderer regionalen Initiativen zeigt ist eine gentechnikfreie Produktion möglich.

5. Verletzungen des Rechts auf körperliche und geistige Gesundheit (Art. 12)

Absatz 1: „Die Vertragsstaaten erkennt das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit an“.

„Gentechnik in Lebensmitteln - Gesundheitliche Folgen unklar

Beunruhigende Tatsache: Langzeitstudien über die Auswirkung gentechnisch veränderter Nahrung auf die Gesundheit von Mensch und Tier gibt es nicht.. Während Pestizide mindestens zwei Jahre lang getestet werden, bevor sie auf dem europäischen Markt zugelassen werden, gilt für Gentechnisch veränderte Pflanzen, die selbst ein Pestizid produzieren, eine maximale Testzeit von 90 Tagen. Das Fehlen von Langzeitstudien gleicht einem freien Feldversuch an der Bevölkerung. Bei Tieren wurden in Fütterungsversuchen bereits gesundheitliche Beeinträchtigungen festgestellt.“ 25 Jänner, 2011, Greenpeace Austria, <http://www.greenpeace.org/austria/de/themen/landwirtschaft/probleme/Gentechnik-in-Lebensmitteln/>

Gefahr für Menschen durch gefährlichen Genfutter-Import

Gentechnisch verändertes Futter in der Tiermast könnte Menschen krank machen“, kommentiert der grüne Agrarsprecher Wolfgang Pirkhuber eine aktuelle Studie. Demnach sollen Rückstände des Unkrautvernichters „Roundup“ im Tierfutter Krebs erregen und die Fruchtbarkeit einschränken.

(http://www.andrioli.com.br/de/index.php?option=com_content&view=section&layout=blog&id=6&Itemid=41&limitstart=30 Sonntag, den 25. Januar 2009)

Lt. EU-Recht ist die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) dafür zuständig, die Sicherheit der zur Zulassung anstehenden Gen-Pflanzen zu überprüfen. Die Stellungnahmen bilden die Grundlage für Entscheidungen der EU-Kommission und des EU-Ministerrates bei den Zulassungen von Gen-Food und Gen-Saaten. Lt. Greenpeace lässt EFSA aber Pflanzen zu, die „erhebliche Gefahren und technische Mängel bergen .. Offensichtlich wiegen hier wirtschaftliche Interessen schwerer als der Schutz von Umwelt und Verbraucher ... Würde die EFSA die derzeit vorliegenden Anträge sorgfältig prüfen, müsste sie wohl fast alle Gen-Saaten die Zulassung verweigern.“ Hinweise auf Risiken würden nicht ausreichend verfolgt und Genehmigungen für die EU auch bei unzureichender Datenlage befürwortet.

(„Greenpeace veröffentlicht neue Studie zu Sicherheitsrisiken“, www.greenpeace.de, 23.04.04)

Es fehlen Untersuchungen über die langfristigen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Sicherheit von Nahrungsmitteln (die Tests laufen über 28 Tage, Schäden aber erst nach 90 Tagen und 3 Jahren festgestellt – bis hin zum Tod (s. u.). Existente wissenschaftliche Befunde über identifizierbare Gefahren werden in der Regel ignoriert.

Eine neue französische Studie der Universität Caen zeigt mittlerweile sogar, dass Rückstände des Glyphosates, die bei den meisten auf dem Markt befindlichen Gentech-lebens und Futtermitteln nachweisbar sind, bei menschlichen Zellen schädlich und sogar tödlich wirken können – selbst bei sehr niedrigen Mengen. „Trotz einer 100.000 fachen Verdünnung führte der Einsatz zu einem völligen Zellsterben innerhalb von 24 Stunden, er blockierte die Zellatmung und verursachte DNA-Schäden.“ (Global 2000, 14.01.09)

Synthetische Gentechsequenzen werden durch die Muttermilch weitergegeben

Italienische Fütterungs-Studie belegt Veränderungen bei Ziegennachwuchs durch Gentech-Futter des Muttertieres.

Beim Einsatz von Gentech-Futtermitteln finden sich synthetische Gensequenzen in Ziegen und Ziegenkitzen. Dies ist der alarmierende Befund einer aktuellen Fütterungs-Studie der Universität Neapel. Und dies obwohl der Ziegennachwuchs nur mit der Milch des Muttertieres ernährt wurde. „Nun ist wissenschaftlich belegt, dass Bestandteile von Gentech-Nahrung in die Organe gelangen und dort Veränderungen hervorrufen können.“ (Global 2000, Wien, 28. Mai 2010)

Studie: Genveränderte Soja schädigt Mensch und Natur

Der Anbau von genveränderter, Glyphosat tolerierender Soja bedroht die Gesundheit von Menschen und Tieren, erhöht den Einsatz von Herbiziden und hat negative Auswirkungen auf die Landbevölkerung.

Glyphosat ist der Wirkstoff des weltweit am meisten verkauften Spritzmittels gegen Unkraut. Es kann Embryonen vergiften und zu Geburtsfehlern führen.

Dies belegt eine Studie des argentinischen Professors Andrés Carrasco, die im September auf der 6. Konferenz der Gentechnikfreien Regionen Europas vorgestellt wurde. Rund 75 Prozent aller gentechnisch veränderten Pflanzen sind gegen Glyphosat resistent. Der massive Anbau von Gentechnik-Soja in Nord- und Südamerika hat somit gravierende toxische Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt. (<http://www.gls.de/die-gls-bank/aktuelles.html> 19. Oktober 10)

Global 2000: Gentech-Soja in Babynahrung

Bei einer im Auftrag der Global 2000 durchgeführten Analyse von zehn Sojaprodukten wurden bei sechs Produkten gentechnisch veränderte Bestandteile nachgewiesen. Laut Umweltorganisation ist auch Säuglingsnahrung betroffen.

Jens Karg, Gentechniksprecher von Global 2000, zeigt sich empört: "Das Schockierende für uns ist, dass ausgerechnet in Säuglingsnahrung die höchste Kontamination gefunden wurde."

Global 2000 spricht von "Menschenversuch"

"Es handelt sich um Produkte für Säuglinge, die bereits mit einer Allergie auf die Welt kommen und die durch diese Produkte einem weiteren Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind. Die Babys werden zum Spielball eines Menschenversuchs, von dem bestenfalls eine Handvoll Großkonzerne profitiert", so Jens Karg, Gentechniksprecher von Global 2000.

Recht auf gentechfreie Nahrung

Global 2000 fordert jedenfalls Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky und Umweltminister Josef Pröll (beide ÖVP) auf, dafür zu sorgen, "dass das Recht auf gentechfreie Nahrung gewährleistet wird". Gentechnisch veränderte Lebensmittel seien keine natürlichen Lebensmittel, auf die sich der Mensch im Zuge der Evolution einstellen konnte, heißt es. (*Pressemitteilung Global 2000 Österreich vom 30.04.2008*)

Der festgestellte Handlungsbedarf wird von einer 2012 veröffentlichten Studie untermauert, nach der im Blut von 93 % ungeborener Babys und bei Schwangeren Giftstoffe gefunden wurden, die in der Landwirtschaft bei der Produktion von GEN-Nahrungsmitteln verwendet werden. Damit ist bewiesen, dass – entgegen allen bisherigen Aussagen von GEN-Industrie und Politik – sich durch GEN-Nahrungsmittel gefährliche Rückstände und Gifte im menschlichen Körper – und auch schon bei ungeborenen Babys – anreichern.

1. Juli 2012:

GLYPHOSAT JETZT IN URIN VON STADTBEWÖHNERIN GEFUNDEN

Eine Studie einer deutschen Universität hat erhebliche Glyphosatkonzentrationen in Urinproben von Stadtbewohnern festgestellt. Bei allen Probanden war die Glyphosatkonzentration um das fünf- bis zwanzigfache höher als das erlaubte Maximum für Trinkwasser. Diese Neuigkeiten folgen nur kurz nachdem eine andere Studie bestätigte, dass Glyphosat das Grundwasser verunreinigt.

Letztes Jahr wurde ebenfalls eine Publikation mit zwei geologischen Studien aus den USA veröffentlicht, die konsistent Glyphosat in Flüssen, Regen und sogar in der Luft von landwirtschaftlichen Regionen in den USA nachwies. Weitere aktuelle Studien legen nahe,

dass Menschen Glyphosat nicht nur durch viele verschiedene Quellen aufnehmen, sondern dass es auch im Blut zirkulieren und sogar die Plazenta passieren und den entwickelnden Fötus erreichen kann.

http://www.gmwatch.org/index.php?option=com_content&view=article&id=13631

Glyphosat in menschlichem Urin

Wissenschaftler der Universität Leipzig haben in Urinproben Rückstände des hochgiftigen Pflanzengifts Glyphosat entdeckt. Dies berichtet die Süddeutsche Zeitung unter Berufung auf eine bislang nicht veröffentlichte Studie des Instituts für Bakteriologie und Mykologie.

Besonders brisant: untersucht wurden nicht Landwirte, die bei der Ausübung ihres Berufs eher mit dem Spritzmittel in Berührung kommen, sondern Personen, die ihre Tätigkeit meist in Büros verrichten. Das Gift muss demnach über Lebensmittel aufgenommen worden sein.

Eine der Forscherinnen, Professorin Monika Krüger, erklärte gegenüber der Zeitung: „Wir haben Glyphosat im Urin von Menschen, Nutztieren und wild lebenden Tieren nachgewiesen, in fast allen Proben.“ Die Hersteller des Herbizids haben stets versichert, dass es nicht in die Nahrungskette gelange. Effektive Überwachungen gibt es allerdings kaum.

Glyphosat, das von Agrochemiekonzernen wie Monsanto („Roundup“) und Bayer vertrieben wird, gilt unter Kritikern als besonders schädlich für Umwelt und die menschliche Gesundheit. Es wird oft zusammen mit gentechnisch verändertem Saatgut verkauft, aber auch in konventionellen Monokulturen eingesetzt. In Südamerika starben bereits Landwirte an Vergiftungen. <http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/26027.html> 10.07.2012

„Die EU hat den Grenzwert für Glyphosat um den Faktor 200 erhöht (von 0,1 auf 20 mg / kg) damit das glyphosatverseuchte Gensoja überhaupt importiert werden konnte“ (Volker Helldorff 24.08.12)

Die genannten Fakten zeigen, dass die Verwendung von Gen-Pflanzen wie Gen-Soja bei der Tierfütterung auch bereits bei uns Verletzungen des Menschenrechts auf Gesundheit mit sich bringt – und durch die Regierung sofort gestoppt werden muss.

6. Verletzungen des Rechts auf Freiheit von Wissenschaft und Forschung (Art. 15)

Absatz 3: „Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die zu wissenschaftlicher Forschung und schöpferischer Tätigkeit unerlässliche Freiheit zu achten.“

Die Freiheit der Forschung ist nicht mehr gegeben! 95 % der WissenschaftlerInnen im Bereich der Gentechnik arbeiten für die Industrie. WissenschaftlerInnen, die im Bereich der Gentechnik forschen und „unliebsame Ergebnisse“ veröffentlichen, werden abgestraft: Verlust der Anstellung und Forschungsmittelentzug sind die Folge. („Ein Film fürs Leben“, Bertram Verhaag in : „Gefahr Gentechnik“, Seite 183 – 186)

"Es darf nie darum gehen, eine Anbauform zu bevorzugen. Alle Anbausysteme müssen ein gleichberechtigtes Existenzrecht haben."

(http://www.saveourseeds.org/downloads/erprobungsanbau_Kommunikation.pdf Kommunikationskonzept der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Entwurf 4.2.2004)

Die Praxis sieht anders aus. Die Agro-Gentechnik wird mit staatlichen Geldern aufgepäppelt, dass es sich ForscherInnen und ihre Institute gut gehen lassen können.... diese Geldmittelvergabe zeigt, wie einseitig auf die Gentechnik gesetzt wird. Diese Millionen treiben den Umbau der Landwirtschaft zur industriellen Lebensmittelproduktion weiter voran. Gleichzeitig sind sie Schmiermittel im Wandel universitärer Forschung. Agrarwissenschaften und Biologie sind an den meisten Hochschulen zu reinen Biotechnologie-Laboratorien und Public-Relations (PR)-Agenturen verkommen. Eine selbstbestimmte und umweltverträgliche Bewirtschaftung von Äckern, Wiesen und Weiden rückt immer mehr in das Reich profitkritischer Romantik.“ (http://www.projektwerkstatt.de/gen/genforschung_uni.htm: *Forschung und Forschungsförderung*)

„80% der Menschen ... lehnen grüne Gentechnik ab. ... Alle relevanten Posten in Entscheidungs- und Fachbehörden sind in ihrer Hand. Das Landgericht Würzburg ließ als wahr behandeln, "dass

...alle entscheidungsberechtigten Mitglieder der GMO-Arbeitsgruppe bei der EFSA die Gentechnik uneingeschränkt befürworten. (Az. 2 Ns 701 Js 18810/2008)

So ist es auch tatsächlich: In den zuständigen Behörden und Ämtern, bei Geldvergabestellen und den großen Forschungsförderern besetzen BefürworterInnen der Gentechnik alle Führungsposten. Skeptische oder kritische Stimmen gibt es in Kommissionen, Genehmigungs- und Kontrollbehörden nicht. Seit Jahren haben die Seilschaften dort ihre Fäden gezogen. Dass Agro-Gentechnik und ihre Voraussetzungen trotz der überwiegenden Ablehnung durchgesetzt und alle institutionellen Ressourcen der Agrarförderung dorthin umgelenkt werden, liegt nicht nur, aber auch an diesen Geflechten. Die haben sich im Laufe der Zeit immer intensiver entwickelt ... “ (<http://www.projektwerkstatt.de/gen/filz.htm>).

Eine Tagung in Zürich brachte viele Berichte von Forschern, die keine Gentechnikrisiken fanden. Im Gegensatz dazu standen Berichte von Forschern, die aufgrund ihrer gravierenden Ergebnisse einen umgehenden Stop der Gentechnik forderten. Ich befragte hinterher eine dieser Forscherinnen, wie es dazu kommen kann, dass die Forschungsergebnisse so unterschiedlich seien. Ihre Antwort:

„ Die Forscher haben strikte Order, ihre Studien nach einer bestimmten Anzahl von Tagen abzubrechen, denn sie wissen genau, dass die Ergebnisse ins negative gehen, sobald sie diese Anzahl überschritten haben. Das soll auf jeden Fall verhindert werden. Insofern sind die Ergebnisse alle richtig – bloß bei echten Langzeittests würden sie völlig anders ausfallen!“ Diese Forscherin bekam dafür, dass sie entgegen der strikten Order ihres Institutes die Versuche abzubrechen weiter geforscht hat, weil sie wissen wollte, was dann passiert, ihre Kündigung und musste nach Amerika auswandern.

Es „...finden sich deutliche Hinweise darauf, dass von verschiedenen Akteuren, zum Teil über lange Zeiträume, die notwendige Unabhängigkeit missachtet, ausreichende Transparenz verhindert und die aktive Wahrnehmung von Kontrollaufgaben vernachlässigt wurde.

Haben die ... Behörden über Jahrzehnte hinweg eine Agenda verfolgt, die eher an einer Zusammenarbeit mit der Industrie ausgerichtet zu sein scheint als an deren unabhängiger und kritischer Kontrolle.

Der Politik scheint die Kontrolle ihrer Behörden und Experten zu großen Teilen entglitten zu sein. Längst bestimmen Experten ... den Kurs. Wenn sich jetzt die Politik ... aus der Verantwortung für die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen noch stärker zurückziehen will, überlässt sie Entscheidungen, die für Umwelt und Verbraucher existentiell sind, dem freien Spiel organisierter wirtschaftlicher Interessen.“ (*„Kontrolle oder Kollaboration? Agro-Gentechnik und die Rolle der Behörden“ Antje Lorch und Christoph Then, April 2008, S. 37*)

„Bei der Gentechnik gibt es die meisten Forschungsgelder. Unser Institut kann nur existieren, wenn wir die Forschungsaufträge der Gentechnikindustrie durchführen, ob wir das gerne tun oder nicht. Man bekommt z.B. einen Forschungsauftrag mit dem fertigen Ergebnis. Dann legen wir die Versuchsdurchführung so fest, dass dieses Ergebnis herauskommt. Ist uns ja egal, wichtig ist der lukrative Auftrag. Sollte beim Versuch doch wider Erwarten nicht das gewünschte Ergebnis herauskommen, dann schreiben wir es so um, dass es passt“, denn es ist heute von Politikern und Funktionären so üblich, bei allen Versuchen nur das Ergebnis zu betrachten. Die Versuchsdurchführung, die oft ganz anders aussagt, könnten ohnehin nur wenige der Genannten deuten, also haben wir ein leichtes Spiel. Immer aktueller wird hierzu der Kinofilm „Gekaufte Wahrheit - Gentechnik im Magnetfeld des Geldes“. Dieser Film zeigt ganz klar, wie Wissenschaftler schikaniert werden, die Gefahren aufdecken. Jetzt gibt es den Film auch auf DVD unter www.denkmal-film.com. Bitte unbedingt bestellen und ansehen....

Hierzu weitere Meldungen zu diesem Thema. Ein Redakteur berichtet mir, er filmte in einigen Ländern, in denen Gensoja angebaut wird und die Krebsrate bei fast 80 % liegt. In vielen Ländern berichteten die Medien ausführlich über diese neue französische Studie. In Deutschland ist kein einziger öffentlich rechtlicher Fernsehsender bekannt, der darüber berichtet hätte. Man will es der Bevölkerung vorenthalten und beruhigt sie lieber mit Unwichtigem.“ *22.09.12 Feilmeier Josef, Internationale Arbeitsgruppe Futtermittel NON-GVO, VLOG, Verband Lebensmittel ohne Gentechnik*

„Das größte Problem ist nach wie vor, dass die amtlichen Stellen, Bauernbund, usw. mit der Industrie vernetzt sind. Man informiert die Landwirtschaft industriekonform. Deshalb blockiert man den Markt so ab, wie man ihn braucht. Als kleines Beispiel dazu ein Fall aus früheren Jahren, was aber heute noch genau so stattfindet. Damals packte der amtliche Berater der Regierung sein Zeug zusammen und verließ den Saal. Er blamierte sich über alles. Diese Freunderlwirtschaft muss aufhören. In die Beratung gehören auch fundierte Praktiker, die aber verbandslos und neutral sein müssen. Z.B. Der Chef der Landwirtschaftsschule im Burgenland. Dieser bildet alle Schüler auf BIO aus, um dann gute konventionelle Landwirte draus zu machen. Die wissen, was los ist, wenn sie auf den Acker fahren.“

Josef Feilmeier, 23.06.13 Internationale Arbeitsgruppe Futtermittel NON-GVO, VLOG, Verband Lebensmittel ohne Gentechnik

Diese Fakten zeigen auf, wie es auch in Österreich um eine unabhängige Risikoforschung bestellt ist. Die österreichische Regierung hat darüber hinaus dringend dafür zu sorgen, dass jeder Politiker bei Amtsantritt nachweist verbandslos und neutral zu sein und in keinem

Aufsichtsrat zu sitzen; sowie eine neutrale und unabhängige ressourcenschonende Beratung und Ausbildung der Landwirte **konzernunabhängig** sicherzustellen.

7.) Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte von Landwirt- Innen und VerbraucherInnen

Folgende Maßnahmen könnten uns noch vor schlimmeren Folgen bewahren:

- a. Verbot jeden Einsatzes von Gentechnik in Futter- und Nahrungsmitteln, bis durch ausführliche Langzeittests das Gefährdungspotential geklärt ist.
- b. Genaue Erforschung der bekannten gesundheitlichen Schädigungen und Risiken
- c. Langzeitforschung von wirklich unabhängigen Wissenschaftlern
- d. Einfuhrverbot von gentechnisch veränderten Futtermitteln (Soja). Über diese Futtermittel kommt die Gifte der Gentechnik in unser Essen (Glyphosat) und auf unsere Böden
- e. Kennzeichnungspflicht auch für Tierprodukte aus Fütterung mit GVO.
- f. Einführung einer Nachweispflicht für jeden Politiker bei Amtsantritt verbandslos und neutral zu sein und in keinem Aufsichtsrat zu sitzen
- g. sowie eine neutrale und unabhängige ressourcenschonende Beratung und Ausbildung der Landwirte **konzernunabhängig** sicherzustellen
- h. Sofortige Einstellung der staatlichen Förderungen für die Agrargentechnik
- i. Die Genkonzerne müssen die volle Haftung übernehmen für alle Schäden, insbesondere die Haftung für die selbständige Weiterverbreitung über den Blütenstaub.
- j. Wenn ein Konzern neue Produkte zulassen will, dann soll er im voraus einen Fond speisen, der es dem Staat erlaubt umfangreiche unabhängige Sicherheitstests zu Lasten des Konzerns zu machen.

Zusammengefasst wird deutlich, dass die Bundesrepublik Österreich seinen aufgelegten Verpflichtungen trotz aller aner kennenswerten Bemühungen noch nicht ausreichend nachkommt. Für das österreichische Volk bedeutet das eine existentielle und irreversible Bedrohung ihrer Ernährungssicherheit.